



Kassel: Über 600 Linke diskutierten am 07. November das neue Parteiprogramm.



Berlin: Proteste gegen das Sparpaket der Bundesregierung am 29. September

## Schuldenbremse heißt: Sozialabbau!

Die schwarz-gelbe Landesregierung will eine "Schuldenbremse" in der Hessischen Verfassung verankern. Sie soll die Neuverschuldung des Landes ab 2020 auf praktisch Null begrenzen. Faktisch wird dem Land so der Kredit gestrichen. Statt sozial gerechter Steuern folgt dann eine Kürzungsorgie.

Hessen ist das einzige Bundesland, in dem eine Änderung der Landesverfassung nur durch eine Volksabstimmung beschlossen werden kann. Sie wird am 27. März 2011 zusammen mit den Kommunalwahlen stattfinden. Eigentlich ist das nicht nötig. Schon 2009, unter der Großen Koalition, hat der Bundestag die Kreditbremse für alle öffentlichen Haushalte ins Grundgesetz geschrieben. Dagegen war nur DIE LINKE.

### Wir wollen keinen Staat auf Pump

Die Wähler werden nicht gefragt, wofür der Staat die Steuern ausgibt. Doch die Masse der Menschen hat erfahren, dass sie für die Schulden gerade stehen müssen: mit höheren Abgaben und mit Sozial- und Bildungsabbau. Nicht zuletzt über die Schuldendienste an die Banken findet Umverteilung von unten nach oben statt. Diese Enteignung will DIE LINKE beenden.

### Überlegen wir einen Moment:

Trotz jahrelanger sozialer Kürzungen, trotz Vernichtung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst und trotz Privatisierung öffentlicher Leistungen werden die höchsten Schulden in der Geschichte gemacht! Land, Bund und Gemeinden sind hauptsächlich deshalb „gezwungen“, Schulden zu machen, weil sich die Steuereinnahmen verringert haben. Allein infolge der Steuersenkungen für Unternehmen und Vermögende haben die öffentlichen Haushalte seit 1998 Einnahmen in Höhe von 340 Milliarden Euro verloren. Das ist ein entscheidender Grund für die wachsende Verschuldung.

Um Schulden dauerhaft zu verringern, muss dieses Problem angepackt werden. Die öffentlichen Haushalte brauchen wieder mehr Einnahmen. Sozial gerecht wäre, endlich die Unternehmen und Vermögenden wieder stärker an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben zu beteiligen. Die Mehrheit der Gesellschaft ist auf Kinderbetreuung, gute Schulen, die soziale Absicherungen, und öffentliche Infrastruktur angewiesen. Wir sagen: Erst Reichtum besteuern! Dann braucht man auch keine Neuverschuldung. Wir wollen keinen Freibrief für weitere Sozial- und Bildungskürzungen. Mit heutiger Armut, Angst und sozialer Ungerechtigkeit wird uns die Zukunft verbaut.

### Warum der Aufwand einer Volksabstimmung?

Sie hat nur einen Sinn: Wenn die Kreditbremse in Hessen durchkommt, wird die Organisation von Widerstand gegen Kürzungsangriffe schwieriger, auch bundesweit. Denn dann wird auf den „demokratischen Mehrheitswillen“ verwiesen.

### Gemeinsam gegen die Schuldenbremse

Die Kreditbremse wird vom Gewerkschaftsbund sowie vielen Sozialverbänden und kirchlichen Organisationen abgelehnt. Sie haben angekündigt, eine Nein-Kampagne zu starten. DIE LINKE wird diese Kampagne tatkräftig unterstützen. Denn DIE LINKE ist die einzige Partei, die die Kreditbremse ablehnt. Im Kommunalwahlkampf wird sie für uns also ein wichtiges Thema sein. Deshalb:

### Nein zur Schuldenbremse – Reichtum besteuern!



## Auch in Hessen gegen den Castor

### Castor-Transport in Darmstadt verzögert.

Von Tobias Paul.

Die Andreaskreuze entlang der Castorstrecke in Darmstadt trugen das Zeichen des Widerstands – sie wurden gelb angestrichen. Zwischen 200 bis 400 Menschen hatten sich am 06.11. im Stadtteil Kranichstein versammelt. Die Stimmung war gut, es gab Musik, warmes Essen und Tee. Die Initiative AtomkraftENDE Darmstadt hatte eine Mahnwache organisiert.

Einen Achtungserfolg konnten einige Genossinnen und Genossen zusammen mit unserem Landtagsabgeordneten Janine Wissler und Hermann Schaus erzielen. Sie gelangten mit einer kleinen Gruppe auf die Gleise und erreichten hierdurch, dass der Castor dreißig Minuten aufgehalten wurde. Als LINKE waren wir auch im Wendland mit 50.000 Menschen voll in den Widerstand integriert.

### Castor-Protest am Bahnhof Kassel-Wilhelmshöhe.

Von Marjana Schott, Mitglied des Landtags.

Wir waren mit 3 Bussen, die DIE LINKE in Kassel auf den Weg gebracht hatte, auf dem Rückweg von Dannenberg, als die Meldung kam, dass der Castor im Laufe der Nacht durch Kassel fährt. Wir wollten natürlich auch zu Hause deutlich machen, dass die Castortransporte und Atompolitik von der Bevölkerung abgelehnt werden. Es wurde also eilig telefoniert, getwittert und die Organisatoren in Dannenberg informiert. Innerhalb von Minuten verbreitete sich unserer Idee.

Als wir am Bahnhof ankamen, hatte die Polizei den Bahnhof schon abgeriegelt. Aber innerhalb kürzester Zeit trafen mehr und mehr Menschen ein, und als die Mitglieder von „Blech und Schwafel“ ihre Instrumente auspackten, war sofort gute Laune da. Selbst die Kollegen der Polizei hatten Spaß. Trotz einiger Müdigkeit: Die kleine Demo rockte im wahrsten Sinne des Wortes.

### Termine vorgemerkt:

#### 21. Januar:

**Neujahrsempfang der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag**  
Ort: Landtag Wiesbaden  
Zeit: Abendveranstaltung ab 18 Uhr  
Info: [www.linksfraktion-hessen.de](http://www.linksfraktion-hessen.de)

#### 22. Januar:

**Kampagnenauftritt Bündnis für ein handlungsfähiges Hessen - Nein zur Schuldenbremse!**  
Ort: Haus der Jugend, Frankfurt  
Zeit: vrstl. ab Nachmittag

#### 22. Januar:

**Hessisches Vorbereitungstreffen gegen den Nazi-Aufmarsch Dresden**  
Ort: Frankfurt  
Info: 069-97097964 (Natalie Dreibus)

#### 29. Januar:

**Wahlkampf-Auftakt zu den Kommunal- und Oberbürgermeisterwahlen**  
Ort: Kassel  
Zeit: Abendveranstaltung mit Kultur und prominenten Gästen!

#### 11. Februar:

**Wahlkampf-Auftakt zu den Kommunalwahlen am 27. März in Hessen**  
Ort: Frankfurt  
Zeit: Abendveranstaltung mit Kultur und prominenten Gästen!

#### 13. oder 19. Februar:

**„Dresden Nazifrei!“**  
Wir informieren rechtzeitig über Zeit, Ort und Anreisemöglichkeiten.

#### 24. Februar:

**Aktionstag gegen Leiharbeit**

#### 08. März:

**100. internationaler Frauentag**

Alle Termine und Infos unter [www.die-linke-hessen.de](http://www.die-linke-hessen.de)



# „Uns kennt hier jeder“

Was man mit einem Büro im Stadtteil so alles erreichen kann. Von Manuela Schon und Jörg Jungmann, Vorsitzende DIE LINKE. Wiesbaden.



Klein, aber fein: Wahlkreis- und Kreisverbandsbüro im Wiesbadener Bergkirchenviertel

## „Wir müssen in den Bewegungen drin sein“

Nach der Landtagswahl 2008 wurde es uns möglich, in Wiesbaden ein Büro zu eröffnen. Wir halten es täglich von 10 bis 18 Uhr besetzt, wenn möglich auch darüber hinaus. Das macht das Büro zu einer verlässlichen Anlaufstelle.

Den Standort im Bergkirchenviertel haben wir wegen der sozialen Struktur gewählt, inzwischen haben wir hier als LINKE einen Stimmenanteil von 20,6 Prozent. Im Bergkirchenviertel leben viele Menschen mit Migrationshintergrund. Hier herrscht die dritthöchste Kinderarmut in Wiesbaden, und der Bezirk gilt als „Stadtteil mit besonderer Bedarfslage“, also als sozialer Brennpunkt. Aber das Viertel ist relativ konfliktarm, weil es soziale Strukturen gibt und man einander kennt. Dazu tragen wir auch mit unserem Büro und unseren Aktivitäten als Partei bei.

Wir bieten jeden Dienstag und Donnerstag Hartz-IV-Beratungen an. Aber Leute kommen auch mit Problemen, die sie mit anderen Behörden haben und deshalb Unterstützung brauchen. Wir haben dafür einen Kreis von 5-6 Leuten, die auf Behördengänge mitgehen. Der Bedarf ist aus der ganzen Region enorm. Viele kommen zu uns, weil sie anderen Verbänden nicht trauen, weil die selber Ein-Euro-Jobber beschäftigen und sich am Hartz-System beteiligen. Das ist hier in Wiesbaden ein ständiges Problem, denn die Gemeinde ist eine so genannte Optionskommune, verwaltet also die Arbeitslosen selber und nutzt jede Gelegenheit, die Betroffenen zu benachteiligen.

Aufgrund des engen Kontakts können unsere Stadtverordneten den Sozialdezernenten mit konkreten Argumenten unter Druck setzen. Dienstags und Donnerstags stellen wir unsere Räume auch als Ein-Euro-Café zur Verfügung. Damit sind wir zu einem Treffpunkt im Kiez geworden.

Hier vernetzen und solidarisieren sich Leute, tauschen Informationen aus, aber auch alles mögliche andere. Heute hat zum Beispiel jemand einfach eine Kiste Äpfel aus seinem Garten vorbeigebracht, von denen sich jeder bedienen kann. Und ständig klingelt das Telefon.

Wir beteiligen uns als LINKE unter anderem im Bündnis gegen Rechts und im Bündnis Kultur im Bergkirchenviertel und bieten unsere Infrastruktur für Arbeitskreise und Gruppen an. Auf diese Weise sind wir mit unserem Büro integrativer Teil der politischen Netze, die entstehen.

## Organizing-Konzept:

# Wir sind gekommen, um zu bleiben

Von Thomas Frischkorn, LINKE. Darmstadt.

Bei der Bundestagswahl 2009 hatten wir in Darmstadt in mehreren Wahlkreisen auffallend gute Ergebnisse. Das war ein Vertrauensvorschuss für uns als junge Partei, aber in Darmstadt wollen wir uns dauerhaft als Partner und soziale politische Kraft etablieren.

Deswegen haben wir in Anlehnung an das Organizing-Konzept von LINKSAKTIV und der Gewerkschaften angefangen, uns in einem Stadtteil fest zu verankern. Wir haben Kranichstein ausgewählt, weil dieser Stadtteil einerseits zu den sozialen Brennpunkten zählt, andererseits noch über Strukturen, eine eigene Identität und zivilgesellschaftliche Akteure verfügt.

Anfang des Jahres fingen wir mit einem Stadtrundgang an. Wir verabredeten Termine mit sozialen Projekten, einem Jugendzentrum und einem Träger von berufsqualifizierenden Maßnahmen für Schulabgänger, die keinen Ausbildungsplatz haben, mit einem Verein, der Schulsozialarbeit leistet, und anderen Akteuren vor Ort.

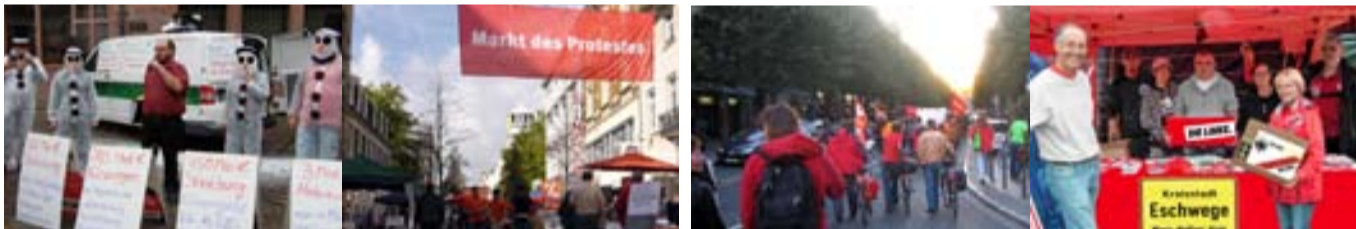
Viele junge Einwohner des Stadtteils, besonders jene mit Migrationshintergrund, sehen Bildung als wichtigste Voraussetzung für ihre Perspektive. Wir haben deshalb einen Bildungstag in Kranichstein veranstaltet und dazu Vertreter von Gewerkschaften, Bildungsträgern und Schulen eingeladen. Wir diskutierten mit ihnen über Formen und Möglichkeiten eines Schulsystems ohne soziale Selektionen. Aus den Diskussionsergebnissen entwickelten wir konkrete Forderungen und nahmen dies in unser Kommunalwahlprogramm auf.

Im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ fand im Sommer das Stadtteilstück „Bunte Wiese Kranichstein“ statt. Wir haben dort einen Stand gemacht, auf dem wir für Kinder aus Kinderbüchern vorlasen. Auch das wurde dankbar angenommen. Wie auch auf unserem Stadtrundgang waren viele Anwohner überrascht und sehr angetan, dass sich eine politische Partei außerhalb des Wahlkampfs überhaupt blicken ließ und nicht nur Werbung für sich machen wollte, sondern nachfragte und Angebote machte, die nicht mit Wahlen zu tun haben.

Natürlich plakatieren wir weiterhin im gesamten Stadtgebiet und machen auf unsere Themen und Veranstaltungen aufmerksam. Aber das wie auch unsere Infostände machen wir jetzt verstärkt in Kranichstein und nicht mehr wie früher in der Innenstadt. Da mögen zwar am Wochenende mehr Leute unterwegs sein. Aber in Kranichstein werden wir stärker wahrgenommen. Wir pflegen unsere Kontakte und legen unsere Veranstaltungen verstärkt dorthin.

Ein Erfolg ist, dass unsere Aktiven mittlerweile auf der Straße erkannt und begrüßt werden und wir so direkten Draht zu den Menschen, ihren Anliegen und Problemen bekommen. Kranichstein könnte ein LINKER Stadtteil werden.

# Herbstaktionen: kalt, lauwarm, heiß?



**Erbost waren Millionen über die Angriffe der Bundesregierung: Sparpaket, fauler Deal mit den Atomkonzernen, Krankenkassen-Zusatzprämie „nur für Arbeitnehmer“ und Streichung von 360 Millionen Euro für die Kommunen allein in Hessen. Viel „Triebkraft“ für einen heißen Herbst. Wir haben nachgemessen, wie heiß der Herbst war.**

**Kalt:** Gerade bei jungen Leuten, die beste Aussichten auf Niedriglöhne und unsichere Arbeitsplätze haben, stieß die Idee einer „Bankenblockade in Frankfurt“ am 18.10. auf Begeisterung. Doch das alleine reichte nicht. Das „Georg-Büchner Bündnis“ sagte die Aktion letztlich ab. Die Banken-Konferenz der LINKEN in Frankfurt „Blasen, Crashes, Renditejagd - sind die Banken noch zu retten“ vom 17. bis 18. Oktober war hingegen ausgesprochen gut besucht.



Von links: Otte, Wagenknecht, Zeise und Sinn. An der Bankenkonferenz der LINKSFRAKTION in Frankfurt nahmen insgesamt gut 600 Menschen teil.

**Lauwarm:** Bundesweit demonstrierten am 13. November 100.000 Kolleginnen und Kollegen bei den Aktionen des DGB. In Hessen gab es betriebliche sowie öffentliche Aktionen, und unter dem Motto „Gerecht geht anders“ Kundgebungen mit Beamtinnen und Beamten gegen die weitere Verlängerung der Lebensarbeitszeit, sowie Veranstaltungen mit Beschäftigten, Kommunalpolitikern und Sozialverbänden u.a. in Darmstadt, Gießen, Groß-Gerau, Heppenheim und Herborn. In Frankfurt (10.11.) und Kassel (19.11) kamen tausende zu den vom DGB regional aufgerufenen Kundgebungen. DIE LINKE war sichtbar mit dabei. Vor dem Kasseler Rathaus forderten am 17.09. das nordhessische Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“ eine kommunale Krisensteuer und in Offenbach organisierte ein Bündnis am 18.9 einen „Markt des Protestes“.

**Heiß:** Der Zorn in der Bevölkerung kristallisierte sich bundesweit an zwei Punkten: an Stuttgart 21 und an den Castor-Transporten. Zu beidem gab es auch in Hessen breit getragene Aktionen mit Beteiligung der LINKEN (siehe Berichte). In Frankfurt, Wiesbaden und andernorts gab es „Schwabenstreiche“ in Solidarität mit den Stuttgarter Demonstranten.

**Fazit:** Die Herbstaktionen waren für die LINKE ein guter Vorwahlkampf. Ab 1. Januar werden die sozialen Kürzungen richtig spürbar. Dann müssen wir den Unmut der Menschen über den Wahltag am 27ten März hinaus organisieren.



Die Auftaktveranstaltung im Frankfurter Jugendhaus

## Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Hessen

Redaktion: Stefanie Haenisch, Gabi Faulhaber, David Meienreis, Emine Pektaş, Charlotte Ullmann

Layout: Adrian Gabriel

V.i.s.d.P.: Ulrich Wilken

Fragen und Hinweise an die Redaktion an:

Email: [mitgliederinfo@die-linke-hessen.de](mailto:mitgliederinfo@die-linke-hessen.de)

Tel.: Stefanie Haenisch unter 069 - 527918

# Linksjugend[´solid] Hessen

Vom Landessprecher\_innenrat der Linksjugend[´solid] Hessen



## Wer wir sind und was wir wollen ...

Wir, der unabhängige Jugendverband der Linken Hessen, Linksjugend [´solid], sind ein selbst organisierter Verband von Jugendlichen quer durchs Bundesland. Von der Bergstraße über Frankfurt und Marburg bis nach Kassel – in vielen Kreisen und Städten Hessens finden sich Jugendliche und junge Erwachsene zu unseren Basis- und Ortsgruppen zusammen, um gemeinsam politisch zu arbeiten und aktiv zu sein. Dabei spielt es für uns keine Rolle, ob eine Mitgliedschaft bei der Partei besteht, oder nicht. Bei der Linksjugend[´solid] Hessen ist jeder willkommen, der sich politisch auf antikapitalistischer, emanzipatorischer, feministischer, antifaschistischer und basisdemokratischer Ebene engagieren oder informieren will.

## Bildung selbst gemacht - weil's uns so besser schmeckt

Politische Bildung wird bei uns im Jugendverband selbst gemacht. In den Ortsgruppen und Landesarbeitgemeinschaften, auf Landesmitgliederversammlungen und Thementagen werden

Texte, Flyer und Positionierungsvorschläge gemeinsam diskutiert und erarbeitet. Denn wir sind der Überzeugung, dass vor allem politische Bildung und Aufklärung einer der Wege ist, der die Welt aus ihren alten Angeln heben wird. Wir wollen schließlich nicht weniger als die Welt verändern! Aus dieser gemeinsamen und gegenseitigen Bildungsarbeit heraus resultieren bewusste politische Aktionen, welche einen der Schwerpunkte der Aktivität im Jugendverband darstellen. Sei es z.B. in Aufklärungs-, Diskussions- und Mobilisierungsveranstaltungen und Aktionen, oder auch Filmabenden und kreativem Straßentheatern und vielem mehr. Dabei bleiben wir aber immer unserem Grundsatz treu: Jede Basis- und Ortsgruppe kann sich ihre Schwerpunkte selbst setzen und völlig selbständig agieren. Niemand wird bei uns gezwungen, Konzepte zu übernehmen und umzusetzen. Dabei unterstützen sich unsere einzelnen Basis- und Ortsgruppen bei Aktionen auch gegenseitig, tauschen sich aus und vernetzen sich miteinander.

## Dabei sein, wenn sich was bewegt!

Natürlich ist die Linksjugend[´solid] Hessen auch bei allen wichtigen Demonstrationen mit dabei. Es werden gemeinsame Anreisen organisiert und gemeinsam Flyer und Transparente erarbeitet. Ob Biblis, Castor, Bildungsstreik, G8 in Nizza, dem Kampf um Freiräume oder Anti-Nazi-Kundgebungen – Linksjugend[´solid] ist lautstark dabei, wenn es auf die Straßen geht! Der Jugendverband engagiert sich aber auch schon im Vorfeld in Bildungs-, Antifaschistischen-, Antimilitaristischen- und vielen anderen Aktionsbündnissen. Dabei entscheiden die Mitglieder selbst, wo sie aktiv werden wollen. Jeder kann und niemand muss. Sie bringen sich dort ein, wo sie es für Richtig und Wichtig erachten und

ihre Interessenschwerpunkte liegen. Sie hören zu, gestalten mit und tragen, wenn es ihnen nötig erscheint, auch unbequeme Positionen an die Partei DIE LINKE Hessen heran.



## Kommt zusammen – lernt euch kennen!

Neben der politischen Arbeit, kommen bei uns im Jugendverband der Spaß und die Gemeinschaft natürlich nicht zu kurz. Ist es doch auch wichtig neben der politischen Arbeit Zeit zum Entspannen und zum Freundschaften schließen zu finden. Die Linksjugend[´solid] fährt zu bundesweiten selbst organisierten Treffen, wie dem Sommercamp, Pfingstcamp, oder wie zuletzt zu einem viertägigen Treffen mit jungen Genoss\_innen aus Niedersachsen auf der autonomen Burg Lutter in Niedersachsen. Dort lernt man nicht nur durch viele selbst erarbeitete Workshops massig dazu, sondern kann bei Sonne, Sommer, Sonnenschein, Sozialismus und linker Musik die kalte kapitalistische Welt mal für einige Tage getrost hinter sich lassen. Dabei können neue Freundschaften über Landesgrenzen hinweg geschlossen, andere Landesverbände kennen gelernt werden und es wird mit Genoss\_innen und Freunden gemütlich gefeiert und entspannt.



## DIE LINKE bei Betriebskämpfen:

# Erfolgreich gegen Lohndrückerei in Frankfurt

Beschäftigte verhindern die Aufspaltung der „Frankfurter Societäts Druckerei“ (FSD).

10 Tage kämpften die Beschäftigten der „Frankfurter Societäts Druckerei“ (FSD) gegen die Aufspaltung ihres Betriebes in drei Unternehmen. Der Eigentümer der FSD, die FAZit-Stiftung, plante die Tarifflicht. Lohndrückerei drohte. Das allerdings wurde verhindert – die drei „neuen“ Unternehmen bleiben erst einmal weiter in der Tarifbindung. Die Löhne und Gehälter dürfen nicht abgesenkt werden.

Weniger von außen sichtbar, aber mindestens ebenso wichtig ist ein weiterer Erfolg. Drucker und Redakteure haben gemeinsam gestreikt!

„Fast noch wichtiger als die Einigung ist aber die Tatsache“, schreibt ein Redakteur, „dass es endlich so etwas wie eine Redakteursschaft gibt, die über eine reine, irgendwie vorhandene Ansammlung von Angestellten hinausgeht. Dass der Arbeitgeber aus dem Haufen von Individualisten gänzlich unfreiwillig eine Einheit geformt hat, dafür müsst man ihm eigentlich fast schon dankbar sein. Umso schöner, dass diese Einheit bei ihrer Premiere erfolgreich gewesen ist. Bei den Druckern müssen wir uns unbedingt bedanken, die bei dem Streik von allen am wenigsten zu gewinnen hatten.“

Der zuständige verdi-Sekretär, Jörg Jungmann, hatte alle Parteien zur Solidarität mit dem Kampf der FSD-Kollegen aufgefordert. Der Kreisvorstand Frankfurt gab diese Bitte weiter. Viele Mitglieder, Vertreter der Römerfraktion und der Landesvorsitzende besuchten die Streikenden und zeigten ihre Solidarität, nicht zuletzt mit



Von links: Jörg Jungmann, Frank Bsirske, Werner Dreibus und Ulrich Wilken unterstützen die Streikenden der FSD

Kaffee und Pizza. Unsere Bundestagsabgeordneten Werner Dreibus und Christine Buchholz konnten zu den Streikenden sprechen. Das setzte dann sogar Vertreter der Frankfurter SPD zur FSD in Bewegung. Weil wir damit gezeigt haben, dass unsere Forderungen gegen

Niedriglöhne, Lohndumping und Tarifflicht nicht nur auf dem Papier stehen, haben die Redakteure, die meist in FAZ und FNP nicht freundlich über DIE LINKE schreiben, ein Stück ihrer Berührungängste verloren. Auch ein kleiner Erfolg. Stefanie Haenisch.

Liebe Leserinnen und Leser,  
liebe Genossinnen und Genossen,

Ihr haltet die dritte Mitglieder-Info der LINKEN. Hessen in den Händen, mit mehr Platz und in einem anderen Format. Das war notwendig, weil wir mehr Berichte und Informationen aus den Kreisverbänden bekommen als vorher unterzubringen waren. Wir hoffen aber auch, dass das neue Format Anklang findet.

Mehr Platz heißt auch, dass wir nun eine Ecke mit Leserbriefen und Meldungen machen könnten. Wir wissen ja, dass sich eine Menge neuer Ortsverbände gegründet haben, die hier die Möglichkeit haben sollen, sich und ihre Arbeit bekannt zu machen.

Und Apropos bekannt machen: Die Geschäftsstelle des Landesverbands ist umgezogen ans Allerheiligentor 2-4 in Frankfurt. Am 28. November gab es eine gelungene Eröffnungsfeier – aber auch nach dieser Feier ist natürlich jeder willkommen.

Die Geschäftszeiten sind Montag bis Donnerstag von 9.00-17.00 Uhr und am Freitag bis 14.00 Uhr.

Eure Redaktion

## Auch 2011: Dresden – nazifrei

Im letzten Jahr haben die Nazis in Dresden eine riesige Schlappe einstecken müssen. Wie in den Jahren vorher wollten sie das Gedenken an die Opfer der Bombardierung Dresdens für ihre unmenschlichen und rassistischen Ziele instrumentalisieren. Doch das gelang nicht.

Zehntausende stellten sich ihnen entgegen, 12.000 blockierten aktiv und gewaltfrei die Marschroute. Dafür war bundesweit aus einem breiten politischen Spektrum mobilisiert worden, nicht zuletzt von der LINKEN, LINKE.SDS und solid. Doch die Nazis geben nicht auf – sie mobilisieren wieder europaweit, um ihre Schlappe auszubügeln. Das darf ihnen nicht gelingen. Denn das bekämen wir dann auch in Hessen zu spüren.

Im März gab es einen Brandanschlag auf das Haus eines Nazi-Gegners in Wetzlar. Innerhalb eines Monats wurden nun zweimal die Scheiben vom Wahlkreisbüro der LINKEN in Treysa von Rechten eingeworfen.

Der Landesvorstand ruft auf mit der Mobilisierung für Dresden zu beginnen. Je mehr 2011 nach Dresden kommen, desto sicherer ist, dass der Nazi-Aufmarsch wieder verhindert werden kann. Die sächsische Polizei muss wieder vor der Frage stehen, ob es noch vertretbar ist, dem Nazi-Aufmarsch den Weg frei zu machen!

Im Rhein-Main-Gebiet hat sich ein regionales Aktionsbündnis gebildet. Das ist nicht nur sinnvoll für die gemeinsame Mobilisierung mit Flugblättern und Plakaten. Es müssen auch frühzeitig Busse organisiert und Fahrkarten verkauft werden.

Informationen hierzu gibt es bei Manuela Schon 0611 – 308 64 98, am besten zwischen 10 und 14 Uhr.

Die Kommunalwahlen am 27. März 2011 in Hessen:

## „Wir sind gut aufgestellt“

Hermann Schaus ist kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag, Mitglied des Wahlkampfteams und Vorsitzender von KOMMUNELINKS. Wir haben mit ihm über die Herausforderungen der anstehenden Kommunalwahlen am 27. März 2011 gesprochen.



Hermann Schaus mittendrin: Am 22.11. sprach er bei der Protestaktion von 300 Bürgermeistern in Wiesbaden.

**Info: Hermann, wie ist der Stand der Vorbereitungen zur anstehenden Wahl?**

HS: Der ist bestens. Alle Kreisverbände haben ihre Listen für die Kreistage aufgestellt. Wir werden zum ersten Mal in allen Landkreisen antreten. Darüber hinaus kandidieren wir in 60 Städten, in der Hälfte davon zum ersten mal. DIE LINKE hat in den letzten beiden Jahren in vielen Städten mittlerer Größe (15.000 – 40.000 Einwohner) neue Ortsverbände gegründet, denen wir mit KOMMUNELINKS bei ihrer Parlamentsarbeit helfen. Wir haben in den vergangenen Monaten in ganz Hessen eine Reihe von Veranstaltungen zum Thema „Was will DIE LINKE?“ durchgeführt und konnten so weitere Mitglieder, Kandidatinnen und Kandidaten gewinnen. Wir werden mit insgesamt rund 3000 Linken antreten.

**Info: Welche Rolle spielt die Schuldenbremse?**

Auch die Vorbereitungen zur Volksabstimmung gegen die Schuldenbremse laufen auf vollen Touren. Es gibt ein außerparlamentarisches Bündnis mit Gewerkschaften, Vereinen und Initiativen. Als Partei machen wir zudem eine eigene Nein-Kampagne und die Helferinnen und Helfer inhaltlich fit für den Wahlkampf. Zwei große Auftaktver-

staltungen werden in Kassel am 29. Januar und in Frankfurt am 11. Februar stattfinden. In Kassel geht es auch um unseren Oberbürgermeisterkandidaten Kai Böddinghaus, der bisher eine sehr gute Figur gemacht hat.

**Info: Worum soll es inhaltlich im Wahlkampf gehen?**

HS: Um soziale Gerechtigkeit und direkte Demokratie. Natürlich muss jeder Kreisverband selbst festlegen, was es vor Ort für wichtige Themen gibt. Das haben wir auch in 2006 so gemacht, und mit Erfolg. Ohne unsere kommunale Verankerung hätten wir es wahrscheinlich 2008 gar nicht in den Landtag geschafft. Aber womit wir überall hervortreten müssen, ist die Finanznot der Kommunen. Über 90 Prozent der hessischen Gemeinden haben schon heute keinen ausgeglichenen Haushalt mehr. Dort regiert de facto schon heute die Kommunalaufsicht und nicht mehr das Kommunalparlament. Noch nie war in der Frage so viel Druck da wie jetzt. Aber wir als LINKE sind die einzigen, die offen aussprechen, dass die Gemeinden vom Land und von der Bundessteuergesetzgebung ausgeblutet werden. Hinzu kommt noch die Schuldenbremse, die per Volksentscheid in die hessische Verfassung aufgenommen werden soll. Dagegen kämpfen wir als einzige Landtagsfraktion, gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Sozialverbänden.

**Info: Ist das unser Alleinstellungsmerkmal?**

HS: Ja, ganz eindeutig. Alle anderen vier Parteien sind für die Schuldenbremse, und die bedeutet, dass die öffentlichen Haushalte noch massiver beschnitten werden, solange keine höheren Steuereinnahmen erzielt werden. Und die anderen Parteien verteidigen alle auch öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP). Mit diesen Projekten werden die Kommunalfinanzen weiter ruiniert, denn ÖPP-Projekte sind langfristig viel teurer, als es selbst zu machen.

**Info: Siehst du Unterschiede zu Bundes- und Landtagswahl und wenn ja, wo?**

HS: Die Kommunalpolitik ist viel näher an den Menschen dran. Die Gemeinden sind der zentrale Ort, wo soziale (Un)Gerechtigkeit unmittelbar erlebt wird. Dies müssen wir in den Vordergrund stellen. Dann können wir in Hessen, sicherlich mit 300 Mandaten, also mit einer Verdopplung rechnen.

## Argumente gegen Thilo Sarrazins Rassismus

Eine neue Broschüre des Parteivorstands nimmt den anti-muslimischen Rassismus auseinander.



Das Leben ist für die Meisten schwieriger geworden. Die enorme Zunahme von unsicheren Arbeitsplätzen mit miesen Löhnen, die Verschlechterung und Verschärfung von Hartz IV macht Angst, nicht nur den unmittelbar Betroffenen, sondern auch denjenigen, denen es noch einigermaßen gut geht. Sie werden erpressbarer. Das macht Angst, und Angst macht wütend.

Die Wut soll wieder einmal nach dem alten Muster „Teile und Herrsche“ auf die Schwächsten abgeleitet werden. Es gäbe dumme, unbrauchbare und faule Arbeitslose und integrationsunfähige Zuwanderer aus muslimischen Ländern. Das sei das Problem. Bei Gesprächen mit Freunden, Nachbarn, Kollegen spürt man: das funktioniert, insbesondere mit dem neuen, gegen „Muslime“ gerichteten Rassismus.

Über die Frage, wie unsere wirklichen Probleme gelöst werden können, wird weniger geredet. Das werden wir auch auf der Straße im Kommunalwahlkampf erleben. Mit „Reichtum besteuern“, mit „Schuldenbremse heißt Sozialabbau“ könnte verhindert werden, dass immer die Kleinen für die teure Reparatur des Systems zahlen müssen. Die Politik von Schwarz-Gelb ist das Problem, die Banken sind das Problem, die Arbeitgeber sind das Problem, nicht Menschen, die mehr oder weniger an Allah glauben.

Der Parteivorstand der LINKEN hat ein kleines Heftchen herausgegeben. LINKE ARGUMENTE GEGEN RECHTE HETZE. Es wappnet uns mit guten Argumenten. Ihr könnt es beim Kreisverband oder bei der Geschäftsstelle des Landesverbandes bekommen. Am besten lesen, aber auch am Info-Tisch dabei haben.

## Sarrazin im Römer - nicht mit uns!

Es war reiner Zufall, dass Sarrazin im Frankfurter Römer einen Genossen fragte, wo denn das WC sei. Der reagierte schnell und genauso die Römerfraktion und der Frankfurter Kreisvorstand. Mit der Parole „Kein Platz für geistige Brandstifter!“ störten sie im Kaisersaal des Römers, das Frankfurter Rathaus, ein Treffen von Vermögensberatern, die Sarrazin eingeladen hatten. Die Räumung erfolgte schnell, Fotos wurden beschlagnahmt.



Römerfraktion und Kreisvorstand veranstalten Spontanprotest